

den ganzen Entwertungsprozeß des Papiergeldes ebenfalls schwere Erschütterungen der Vermögensverhältnisse eingetreten sind.“

Dies ist die Form der Devaluation, die Adolph Wagner schon im Jahre 1868 mit entscheidenden Argumenten kritisiert hatte, die in der Tschecho-Slowakei offenkundigen Schiffbruch erlitten hat und von der bis zum Erscheinen des Diehlschen Buches sowohl Metallisten wie Nominalisten in seltener Übereinstimmung zu behaupten pflegten, sie würde den letzten Rest des deutschen Kredits im Ausland zerstören; im übrigen, pfleg-

ten sie mit unvorsichtiger Emphase hinzuzufügen (Bankarchiv, Jahrgang XIX, Nr. 14 u. 16), denke in Deutschland kein vernünftiger Mensch an ein solches Verfahren.

Wie ist es möglich, daß ein höchst sorgsamer Gelehrter sich zu diesem revolutionären Vorschlage hat hinreißen lassen, entgegen nicht nur der öffentlichen Meinung, deren Votum ja der Wissenschaft nur wenig bedeuten kann, sondern auch entgegen dem Urteil so gut wie aller Forscher und Sachverständigen von Bedeutung? Hiervon wird in einem zweiten Aufsatz zu handeln sein.

Kurt Singer

Steuerdruck und Wiedergutmachung II

Für die sachlichen Beratungen, die mit Recht von der Londoner Konferenz erwartet werden durften, hat die deutsche Regierung den Gegnern zwei Dokumente als Unterlagen überreicht: die im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten „Bemerkungen zur Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten über den Haushalt des Deutschen Reiches“, und die von 33 Sachverständigen verschiedenster politischer und wirtschaftlicher Richtungen unterzeichnete Denkschrift über „Die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse“.

Beide Ausarbeitungen, auf deren Gesamthalt hier zunächst nicht eingegangen werden soll, erörtern die Frage des Steuerdrucks. Es kann von ihnen jedoch nicht gesagt werden, daß sie, abgesehen von vollkommen richtigen Gegenvorstellungen, auch jene prinzipielle Klärung des Problems herbeiführten, die notwendig ist, um die Diskussion der Reparationsfragen nicht bei jeder Konferenz in einer anderen Sackgasse sich festrennen zu lassen. Vielleicht hält man es für „politisch klug“, alle Fragestellungen in der Form anzunehmen, wie sie uns von den Gegnern geboten werden. Wir halten das Verfahren für falsch. Fachressorts, und gar Sachverständige von der Größenordnung derer, die unter der Wirtschaftsdenkschrift verzeichnet stehen, sollten darauf halten, die ihnen zur Überlegung anvertrauten Aufgaben einer Lösung von so schlackenloser Klarheit zuzuführen, daß der politischen Leitung wirklich nichts weiter zu tun übrig bleibt, als ihre volle Aufmerksamkeit der ungeheuer schwierigen staatsmännischen Situation zu widmen. Es war einer der Fehler in der Regie der Londoner Konferenz, daß die technischen Vorarbeiten diese notwendige Freimachung des Reichsministers für die reinpolitische Tat nicht, oder jedenfalls nicht rechtzeitig, bewirkten.

I.

Die Denkschrift der Wirtschaftssachverständigen akzeptiert leider grundsätzlich die Hexenprobe des Steuerdruckvergleiches, bestreitet nur die Schlüsse, die von den Gegnern gezogen waren. Der Absatz „Belastung der deutschen Wirtschaft“ lautet:

„Die Belastung mit einer Annuität von 6 Milliarden Goldmark würde die deutsche Bevölkerung mit 100 \mathcal{M} Gold oder mit 1000 \mathcal{M} Papier pro Kopf und Jahr treffen.

Nach der Aufstellung der Sachverständigen der Alliierten beträgt die Steuerbelastung in Deutschland heute bereits 599 \mathcal{M} Papier gegen 390 Franken Papier in Frankreich. Sie würde, auch wenn keinerlei weitere Lasten hinzutreten, bei einer Annuität von 6 Milliarden bis auf 1599 \mathcal{M} Papier ansteigen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Steuerkraft gerade des leistungsfähigsten Teiles der Bevölkerung durch die bekannten Abgaben vom Vermögen (Kriegsgewinnsteuer und Reichsnotopfer) ganz erheblich geschmälert worden ist.

Das Durchschnittseinkommen beträgt nach den Berechnungen des Bureaus des Völkerbundes in Deutschland je Kopf der Bevölkerung rund 3900 \mathcal{M} Papier, in Frankreich rund 3200 Franken Papier. Eine Mehrbe-

lastung um 1000 \mathcal{M} Papier würde das Belastungsverhältnis in Deutschland auf 41 v. H. gegenüber 12,2 v. H. in Frankreich steigern, und das allein durch die Jahreszahlung ohne den Zuschlag von 12 v. H. der Ausfuhr. Es würden sonach für den Jahresunterhalt verbleiben in Deutschland etwa 2300 Papiermark, in Frankreich 2810 Franken, d. h. etwa 11 800 Papiermark.“

Da wir die Schlußfolgerungen der Denkschrift keineswegs bezweifeln, sondern sogar glauben, daß die Gründe für die Unmöglichkeit der Deutschland zugemuteten Leistung noch überzeugender hätten vorgetragen werden können, wenn man die Nichtigkeit des Steuerarguments aufgezeigt hätte, so seien einige Worte der Kritik gestattet.

Dieser Gedankengang rechnet sogleich mit der Annuität von 6 Milliarden Goldmark, die jedoch erst in den Jahren von 1932—1962 zu leisten sein soll. Er exemplifiziert dann zunächst auf die von den Alliierten aus dem Budget von 1920 (!) errechnete Steuerlast je Kopf in Deutschland, in der übrigens die nicht geringen Gemeindesteuern fehlen. Dann aber verwendet er gerade die vom Völkerbund „berechneten“ Einkommenszahlen, die Professor Loß, einer der vom Reiche zur Brüsseler September-Konferenz entsandten Sachverständigen, einer so vernichtenden Kritik unterzogen hat, daß sicherlich auch die Statistiker des Völkerbundes, die an sich in gutem Glauben handelten, diese Zahlen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Man hätte also mindestens ein kurzes Wort über die „questionable shape“ solcher Rechnungen anfügen müssen.

Diese Notwendigkeit bestand ganz besonders, weil die „Bemerkungen“ des Reichsfinanzministeriums aus methodisch sehr viel besseren Unterlagen, nämlich den Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik, folgern, daß das Nominaleinkommen für 60 Mill. Deutscher rund 140 Milliarden Papiermark betrage. Das ergibt eine je-Kopf-Zahl von 2333 \mathcal{M} im Jahr, während die Wirtschaftsdenkschrift mit der Völkerbundszahl von 3900 \mathcal{M} operiert. Die Absicht, die Pariser Pläne ad absurdum zu führen, würde mit der um 1567 \mathcal{M} kleineren Zahl noch besser erreicht werden. Man darf jedoch zweifeln, ob es richtig ist, in Dokumenten, die beide von der Delegation als offizielle Unterlagen gegeben wurden, mit zwei verschiedenen Einkommensziffern Beweise zu führen, ohne die Unstimmigkeit hinreichend aufzuklären.

Die Sachlage wird noch verwickelter dadurch, daß Reichsminister Simons in seiner großen Schlußrede am 8. 3. in London zur Frage der Steuerlast in Deutschland zwar die Methode, die Steuerquoten einheitlich auf eine Goldwährung umzurechnen und zu vergleichen, ablehnte, dagegen den Vergleichen zwischen Steuer und Einkommen in der jeweiligen Landeswährung zustimmte. Er sagte, wozu er nach den Ausführungen der Wirtschaftsdenkschrift berechtigt war, womit er aber die besser begründete Einkommenszahl des Reichsfinanz-

ministeriums preisgab: „Als Grundlage des Vergleiches akzeptiere ich die Zahlen der Denkschrift des Völkerbundes“. Er fährt nach Eingehen auf diese Zahlen fort: „Ich verweise auch auf eine amtliche englische Quelle, den Generalbericht des Department of Oversea Trade über die industrielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wo festgestellt ist, daß die Steuerbelastung dem einzelnen Steuerträger in Deutschland 43 % seines Einkommens nimmt.“ Dieser Hinweis aber trägt nun vollends zur Verwirrung des Zahlenbildes bei. Denn der Bericht kommt, da er sehr mit Recht auch die Gemeindeabgaben berücksichtigt, zur Annahme einer Steuerlast von 715.66 *M* je Kopf, und folgert weiter: „German Income Tax is expected to produce 12 000 000 000 *M* in 1920, which is estimated as 12–15 per cent. of the income of the nation; taking the lower figure, the national income would then amount to 100 000 000 *M* and would in the current financial year, therefore, be taxed to the extent of 43 per cent.“¹⁾ Diese Schätzung, die noch erheblich hinter der des Reichsfinanzministeriums zurückbleibt, ergibt nur ein Einkommen von 1666.66 *M* je Kopf, gleichwohl wird die aus ihr erwachsende Verhältniszahl verwandt, um einen Gedankengang zu bekräftigen, der von 3900 *M* je Kopf ausgeht! Der Reichsminister ist für solche fachlichen Einzelheiten einer programmatischen Rede selbstverständlich nicht verantwortlich: die beratenden amtlichen und außeramtlichen Experten aber müssen aus diesem Beispiel erkennen, in welche niemals endenden Verwirrungen es führen muß, wenn die Entschlußkraft fehlt, eine von Anbeginn, d. h. seit Versailles, verfahrenere Erörterung bei der ersten dafür geeigneten Gelegenheit auf den richtigen Weg zurückzuführen.

Ein Abrücken von dem statistischen Unfug des Steuervergleichs ist auch durch die „Verfeinerung“, die in der Heranziehung des Einkommens liegt, noch nicht gegeben; vielmehr müßte dann noch das Realeinkommen ermittelt werden, wofür die absoluten Zahlen der Preissteigerungen sowie die Indexziffern gewisse Anhaltspunkte bieten. Endlich müßte Berücksichtigung finden, daß die Bevölkerung Deutschlands nicht nur etliche Jahre gehungert hat, sondern daß hierdurch die Rasse dauernd herabdrückende Degenerationserscheinungen hervorgerufen wurden, die durch keine noch so reichliche Nahrungszufuhr „wiedergutmacht“ werden können. Hätte die Wirtschaftsdenkenschrift davon Abstand genommen, die dürre Steuerarithmetik der Gegner als Diskussionsbasis zu akzeptieren, so hätte sie ihre an sich sehr prägnanten Formulierungen über die „Menschliche Arbeitskraft“ und die „Erzwungene Überspannung der deutschen Produktion und Ausfuhr“ zu einem Bild von noch grausamerer Wirkung abrunden können.

II.

In geringerem Maße als die Wirtschaftsdenkenschrift hatten die „Bemerkungen“ des Reichsfinanzministeriums die Aufgabe, ein anschauliches Bild des Werdenden zu entwickeln. Sie wenden sich ohnehin nur an die Spezialisten, die in Brüssel das deutsche Budget geprüft haben, und verzichten daher gleichfalls auf eine propagandistisch wirksamere Darstellung der deutschen Situation, wie sie mit Hilfe der Lohnstatistiken und der Teuerungszahlen gegeben werden könnte.

Die Frage des Steuerdrucks wird aber auch durch diese sonst sachliche und gründliche Erörterung nicht aus jenem peinlichen Halbdunkel von Irrtum, Unklarheit und dilettantischer Zahlenspielererei erlöst, in das die unglückliche Bestimmung des § 12 b der Anlage II zu Art. 233 des Fr.-V. sie verstoßen hat. Die für die Methode entscheidende Stelle lautet:

„Sobald steuerliche pro-Kopf-Ziffern miteinander verglichen werden sollen, müssen also auch die pro-Kopf-Ziffern des Einkommens festgestellt und in Gold umgerechnet werden. Wenn das geschehen ist, dann ist allerdings die Zurückführung auf die Goldbasis ein sehr brauchbarer Maßstab, um die Steuerbelastung im einzelnen oder auch das Aufkommen aus einzelnen Steuern miteinander zu vergleichen.“ Hierauf und auf die folgenden Ableitungen ist zu erwidern, daß auch diese Zahlen nicht „ein sehr brauchbarer Maßstab“ sind, sondern beinahe völlig unbrauchbar, weil die anderen Faktoren des Steuerdrucks, die wir in unserem ersten Aufsatz erörtert haben, nicht mitberücksichtigt sind und auch nach dem einstweiligen Stand der statistischen Technik in allen Ländern überhaupt nicht mitberücksichtigt werden können. Die für Spa im Juli 1920 verfaßte Denkschrift über „Die Steuerbelastung in Deutschland“ hat diesen Zusammenhang scharf hervorgehoben und eine unmittelbare Vergleichung auch von Belastungsquoten abgelehnt. In der vorliegenden Denkschrift wird diese dem gleichen Ministerium gehörende Erkenntnis jedoch wieder aufgegeben und erscheint nur fragmentarisch wieder in den Erörterungen, die sich mit den Brüsseler Ausführungen über die Verbrauchssteuern befassen. In ausgezeichneter Weise wird dargelegt, daß die Umrechnungszahlen für die einzelnen Währungen höchst anfechtbar sind, daß der Vergleich einzelner, aus dem Gesamtsystem herausgegriffenen Steuern stets zu schiefen Vorstellungen führen müsse, und daß endlich die naive Erwartung, aus der Besteuerung von Genußgütern nicht nur gewisse, von Deutschland bereits zugesagte, sondern sehr erhebliche Mehrerträge herauszuwirtschaften, ihre Widerlegung in der Tatsache der verminderten Konsumkraft des deutschen Volkes findet. Man müsse deshalb zu Vergleichszwecken auf die Lebenshaltung zurückgehen. „Denn nicht nur das Verhältnis der Papiermark zur Goldmark allein bildet den Maßstab für den Druck einer dem Satz nach gleichbleibenden Steuer auf den Verbrauch, sondern dieses Verhältnis in Relation gesetzt zum Steigen oder Sinken des Massenkonsums, in dem das schwer festzustellende Durchschnittseinkommen der großen Masse der Bevölkerung zum Ausdruck kommt“. Diese Argumentation ist richtig, aber dann ist es anfechtbar, sich einige Seiten vorher auf die Vergleichung der „schwer festzustellenden“ Einkommen einzulassen, wenn hieraus weitgehende politische Folgerungen gezogen werden sollen.

*

Wir haben den Nachweis, daß amtliche Kundgebungen erhebliche Unklarheiten in der methodischen Behandlung wirtschaftlicher Probleme enthalten, an dem Begriff des Steuerdruckes geführt, weil dieser durch den Friedensvertrag konstitutive Bedeutung erhalten hat. Eine Nachprüfung der Verwendung anderer Begriffe, wie „Kaufkraft des Geldes“, „Sinken des Geldwertes“ usw. würde nicht weniger ergiebig sein.

Wir kommen zu folgendem Schluß: Ebenso, wie es im Auswärtigen Amt einen Justitiar gibt, dessen umfangreiche und verantwortungsvolle Arbeit für Einheitlichkeit der völkerrechtlich erheblichen Äußerungen der Reichsregierung bürgt, müßte ebendort ein volkswirtschaftlicher Reichssyndikus amtieren, der Fug und Recht hätte, auch den verbindlichen Erklärungen des Reiches über Wirtschaftsfragen systematische Geschlossenheit zu geben. Ansätze zu einer solchen Funktion sind vorhanden; jedoch müßte dieser beratende Nationalökonom keiner anderen Reichsstelle als dem Auswärtigen Amte angehören und dort in der Abteilung des wirtschaftlichen Staatssekretärs eben die Bedeutung gewinnen, wie sie der Justitiar in der Rechtsabteilung hat.

¹⁾ General Report on the Industrial and Economic Situation in Germany, in December 1920. Parliamentary Papers Cmd. 1114, p. 13.

Das Deutsche Reich wird sich noch jahrzehntelang über Wirtschaftsfragen in staatsrechtlich verbindlicher Weise zu äußern haben. Wenn die junge Republik die Sorge für die Neuzeichnung des entwaffneten Reichsadlers und für die Gestaltung ihrer chartalen Urkunden einem besonderen Reichs-

kunstwart anvertraut hat, so sollte sie auch die Notwendigkeit begreifen, ihren zahlreichen Kundgebungen volkswirtschaftlicher Natur Klarheit des Aufbaues, Geschlossenheit des Gedankenganges und überzeugende Kraft des sprachlichen Ausdrucks zu geben.

Eduard Rosenbaum

England

Der Kohlenarbeiterausstand und seine Bedeutung

Zum zweiten Male innerhalb eines halben Jahres wird die englische Volkswirtschaft von einem Streik betroffen, der geeignet ist, sie aufs furchtbarste zu erschüttern und Not und Elend über Millionen von Familien zu bringen. Am 1. 4. haben sämtliche Kohlenarbeiter die Arbeit eingestellt: die Gruben ruhen. Die Notstandsarbeiten wurden von Freiwilligen (größtenteils Grubenbeamte und Studenten) nur unvollkommen ausgeführt. Der Beschluß des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes, die Notstandsarbeiten zu verhindern, der inzwischen aufgehoben worden ist, hat in England die größte Entrüstung hervorgerufen und den Kohlenarbeitern die Sympathien des Volks verscherzt. Einige Gruben sollen bereits ersoffen sein. Die Anwendung von Gewalt, um das Einstellen der Notstandsarbeiten zu erzwingen, wurde aus verschiedenen Teilen Englands gemeldet. In Lanarkshire ist es zu vereinzelt, allerdings unbedeutenden Brandstiftungen gekommen, zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Freiwilligen an den Pumpen schützen wollte, zur Mißhandlung von Beamten und Kohlengrubenbesitzern und ähnlichen Ausschreitungen. Auch in Süd-wales ist die Stimmung erbittert und hat zu Ruhestörungen geführt. Die englische Regierung zieht zum Schutz von Eigentum und Person das Militär aus entlegenen Teilen der Welt (z. B. Malta und Oberschlesien) in das Heimatland zurück (kann sie wohl den in der Heimat stationierten Truppen nicht recht trauen?), und ruft zur Bildung von Einwohnerwehren auf. Sie hat einen Notzustand proklamiert, Rationierungsvorschriften für den Fall eines Generalstreiks des industriellen Dreiverbandes, zu dem außer den Kohlenarbeitern bekanntlich die Eisenbahner und Transportarbeiter zählen, getroffen und Nahrungsmitteldepots z. B. in Kensington Gardens angelegt. Auf Arbeiterseite ist zurzeit der Niederschrift dieser Zeilen der Generalstreik des Dreiverbandes beschlossen, aber noch nicht ausgebrochen.

Die unübersehbaren Wirkungen des Ausstandes für die gesamte Volkswirtschaft werden in England nicht verkannt, weder von Volk noch Regierung. Darüber wird vielleicht späterhin noch ausführlich zu sprechen sein. Hier sei nur erwähnt, daß die wirtschaftliche Depression verschärft wird, die Industrie weiter ihre Absatzmärkte verliert und sogar die auswärtige Politik schon heute unter den inneren Wirnissen leidet.

Schlimmer als die direkten Folgen des Streiks, die sich in Pfund und Pence ausrechnen lassen, sind die indirekten!

Und trotzdem hat die Regierung den Streik provoziert. Wie ist das möglich? Um das zu verstehen, ist es nötig, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Sozialismus in England zu werfen.

Der Sozialismus ist in der englischen Arbeiterschaft nicht so verbreitet wie bei uns. Die Labour Party ist keine sozialistische Partei. Die I. L. P. (Independent Labour Party), die etwa 40—50 000 Mitglieder zählt, ist sozialistisch, ebenso die B. S. P. (British Socialist Party) mit etwa 12 000 und die B. C. P. (British Communist Party) mit etwa 2000 Mitgliedern. Allerdings entspricht die

geringe Zahl eingeschriebener Mitglieder nicht dem wahren Einfluß dieser Parteirichtungen, der besonders im industriellen Dreiverband (und außerdem in der Amalgamated Society of Engineers) groß ist. Es ist noch etwas zu beachten, was der Deutsche leicht übersieht: der englische Sozialismus ist nicht derselbe wie der unsere. Zwei Formen wurden in der letzten Nummer beschrieben; beide lehnen den Marxismus ab. Auch sonst hat der Marxismus, abgesehen von der B. S. P. fast keine Anhänger. Unter Sozialismus versteht man in England vielfach die Verstaatlichung der Industrie unter gleichzeitiger Verwirklichung einer demokratischen (d. h. von den in der Industrie selbst beschäftigten Arbeitern ausgeübten) Kontrolle über ihren Betrieb, die Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen gewährleistet.¹⁾ In England gilt ziemlich allgemein die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues als der erste Schritt. Ist diese durchgesetzt, so werden die Eisenbahnen folgen und so eine Industrie nach der anderen, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Die Führer des Dreiverbandes, insbesondere der Kohlenarbeiter, sind Sozialisten. Bei dem Streben nach der Verwirklichung ihres Zieles mußten sie auf die geringe Zahl der Sozialisten in den Reihen ihrer Anhänger Rücksicht nehmen. Das hat sie die Erfahrung gelehrt. Sie haben auf mehr als auf einem Gewerkschaftskongreß die Verstaatlichung der Kohlengruben gefordert, aber es ist ihnen nie gelungen, den Generalstreik für diesen Zweck ohne aufschiebendes oder bedingendes Amendement durchzudrücken. Aber als schließlich alle Bedingungen für den Streikausbruch erfüllt und alle Fristen abgelaufen waren und Lloyd George und andere Regierungsvertreter die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues rund heraus abgelehnt hatten, da entschied der Gewerkschaftskongreß, daß die Stimmung im Volk für die Verstaatlichung noch nicht vorbereitet sei und man zunächst eine parlamentarische Propaganda für dieselbe entfalten müsse. — Diese verlief im Sande.

Was sollten die Sozialisten tun, nachdem ihre Pläne in der Vollversammlung der Gewerkschaften verworfen und von Volk und Regierung abgelehnt worden waren? Die seit Anfang 1916 durchgeführte Kohlenkontrolle durch die Regierung förderte ihre Zwecke. Sie versuchen zu bewirken, daß dieselbe durch schrittweisen Ausbau zu einer dauernden Einrichtung wird, so daß man auf diesem Umwege zur Verstaatlichung gelangt. Hierfür ist Voraussetzung, daß der Kohlenbergbau unrentabel wird, daß eine Zurückgabe desselben aus der Staatskontrolle an die früheren Besitzer unmöglich ist. Das muß also das erste Ziel sein. Erreicht sollte es 1920 werden, indem der Staat zur Festsetzung hoher Löhne und niedriger Kohlenpreise gezwungen wurde. Die Forderungen, die zum vorigen Streik führten, lauteten daher: Lohnerhöhung um 2 s je Schicht, Herabsetzen der Kohlenpreise um 14 s je ton. Es war ein taktischer und politischer Fehler Smillies (und die Folge der überlegenen Ge-

¹⁾ Es ist natürlich ganz unmöglich eine Definition des Begriffes „englischer Sozialismus“, der an sich noch vielgestaltiger ist als der deutsche, überhaupt zu geben, aber für Leser, die sich nicht mit englischen Fragen beschäftigt haben muß dieser Punkt doch wenigstens eine Klärung erfahren.